

Vorwort

Im Februar 1933 sandte der schwedische Generalkonsul in Wien, Alois Marquet, der von einer Gruppe ausländischer Gläubiger auch in den Verwaltungsrat der Creditanstalt entsandt worden war, seinen Jahresbericht 1932 an das königliche Ministerium des Äußeren in Stockholm: „Umgeben von Staaten, die sich teils aus der eigenen Not, teils um sich gegen die Not der anderen zu schützen, mit den schärfsten Devisenmaßnahmen gesichert hatten, war Österreich, um die eigene, relativ schwach fundierte Währung zu schützen, zur Einführung ähnlicher Maßnahmen und im ersten Teil des Jahres 1932 zur sukzessiven Verschärfung derselben gezwungen. Die Pflicht zur Ablieferung aller in privaten Händen vorhandenen Devisen und Valuten an die Nationalbank, die Sistierung jeden Handels in Devisen, das Ausfuhrverbot für Schillinge und die Verwaltung des Devisenschatzes durch die Nationalbank als einzige Stelle bildeten den Grundzug der neuen Bewirtschaftung.“ Nicht nur die Creditanstalt, sondern auch die anderen Wiener Großbanken waren von der österreichischen Finanzkatastrophe betroffen. Friedrich Hertz schätzte daher die gesamten Wiener Bankenverluste bis 1934 auf die enorme Summe von 3,5 Milliarden Schilling. Somit kämpfe Österreich „augenblicklich“ (so Marquet im Februar 1932) – „mitten unter bereits zugrunde gegangenen oder im Zugrundegehen begriffenen anderen Staatswirtschaften, durch Zahlungsverbote, Ein- und Ausfuhrverbote, durch sich immer höher türmende Zollmauern von der Luft und dem Weg ins Freie immer stärker abgeschlossen“ – politisch und wirtschaftlich „einen Verzweiflungskampf“, von dem allerdings nicht alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig betroffen seien. Daher werde die Fortdauer der „jetzigen politischen, so trostlosen Situation und des immer stärker werdenden wirtschaftlichen Elends den Ruf nach einer starken Hand und nach einem Ausgleich unter den verschiedenen Schichten des Wirtschaftslebens“ immer mehr vertiefen. „Noch ein oder zwei Jahre Fortdauer des jetzigen Regimes und Österreich ist für die Diktatur reif, von welcher Seite immer sie kommt.“

Die 18 Monate zwischen September 1931 und Februar 1933, die im 8. Band der „Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich 1918–1938“ (ADÖ) an Hand von außenpolitischen Amtserinnerungen, Amtsvermerken, Berichten, Erklärungen, Erlässen, Memoranden, Schreiben, Stenographischen Protokollen, Telegrammen und Zirkularerlässen aus dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Parlamentsarchiv in Wien dokumentiert werden, stellten für die Republik Österreich zweifellos erste Katastrophenmonate dar, denen noch viele weitere folgten. Als

Hauptthemen traten hierbei die österreichische und mitteleuropäische Finanzkrise nach dem Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt, die internationalen Pläne zur wirtschaftlichen und politischen Rekonstruktion Mitteleuropas, die Auseinandersetzungen um die Völkerbundanleihe in Lausanne und die Hirtenberger Waffenaffäre im Jänner und Februar 1933 hervor. Für die innenpolitische Chronologie waren mit zu berücksichtigen: der Putschversuch des steirischen Heimatschutzführers Walter Pfrimer am 13. September 1931; die Wiederwahl von Bundespräsident Wilhelm Miklas durch die Bundesversammlung am 9. Oktober 1931; der Rücktritt der Regierung Karl Buresch I wegen des Konfliktes mit den Großdeutschen am 27. Jänner 1932; die Meldung von 423.000 vorgemerkten (350.000 unterstützten) Arbeitslosen im Jänner 1932 in Österreich; die Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien am 24. April 1932 mit großen Gewinnen der Nationalsozialisten vor allem auf Kosten der Großdeutschen, des Landbundes und des Heimatblocks; die Bildung der Regierung Engelbert Dollfuß I aus Christlichsozialen, Landbund und Heimatblock am 20. Mai 1932; die Saalschlacht zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Innsbruck-Hötting am 27. Mai 1932; das Ableben der Altbundeskanzler Ignaz Seipel und Johann Schober im August 1932; die Ernennung von Universitätsprofessor Dr. Theodor Innitzer zum Erzbischof von Wien am 20. September 1932; die erste Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus 1917 im Zusammenhang mit der Haftbarmachung von Funktionären der Creditanstalt für die Verluste der Bank am 1. Oktober 1932; der Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und dem Republikanischen Schutzbund in Wien-Simmering am 16. Oktober 1932; die Ernennung von Major Emil Fey, dem Landesführer des Wiener Heimatschutzes, zum Staatssekretär für Sicherheitswesen am 17. Oktober 1932; die Landtagswahlen in Vorarlberg mit nur geringen Gewinnen der Nationalsozialisten am 6. November 1932; die Gemeinderatswahlen in Kärnten und der Steiermark mit großen Gewinnen der Nationalsozialisten am 6. November 1932; die ersten Erdölfunde in Zistersdorf (Niederösterreich) am 20. November 1932; die Meldung von 450.000 vorgemerkten (346.000 unterstützten) Arbeitslosen im Jänner 1933 in Österreich; die Aufdeckung der „Hirtenberger Waffenaffäre“ durch die Arbeiter-Zeitung am 8. Jänner 1933.

In der außenpolitischen Chronologie traten hervor: der Einmarsch Japans in die Mandschurei am 18. September 1931; die Bestellung des Niederländers Rost van Tonningen zum Finanzkontrollor des Völkerbundes in Wien am 6. November 1931; die Eröffnung der Genfer Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932; die Vorlage und Diskussion eines Mitteleuropaplanes durch den französischen Ministerpräsidenten André Tardieu im Februar 1932; die Wiederwahl Paul von Hindenburgs zum deutschen Reichspräsidenten am 10. April 1932; die Entlassung des deutschen Reichskanzlers Heinrich Brüning und die Ernennung Franz von Papens am 30. Mai 1932; die Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne über eine neue Völkerbundanleihe für Österreich in der Höhe von 300 Millionen Schilling am 15. Juli 1932; die Annahme des Lausanner Vertrags durch den österreichischen Nationalrat mit der

knappen Mehrheit von 82:80 Stimmen, wobei Sozialdemokraten und Großdeutsche dagegen stimmten; der Sieg der NSDAP bei den deutschen Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 mit 37,2% der Stimmen; die Konferenz von Stresa über den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Mittel- und Südosteuropa; der Rückgang der NSDAP bei den deutschen Reichstagswahlen am 6. November 1932 auf 33% der Stimmen; der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös bei Bundeskanzler Dollfuß in Wien am 7. November 1932; die Ernennung des Generals Kurt von Schleicher zum deutschen Reichskanzler am 2. Dezember 1932; die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in Rüstungsfragen seitens der alliierten Mächte am 11. Dezember 1932; die Ernennung des „Führers“ der NSDAP, Adolf Hitler, zum deutschen Reichskanzler am 30. Jänner 1933; der Abschluss eines Organisationspaktes der Kleinen Entente am 16. Februar 1933.

Infolge institutioneller und personeller Veränderungen erscheint die Edition ADÖ ab diesem Band im Rahmen der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und im Verlag der ÖAW. Für die Finanzierung der Editionsarbeit und der Drucklegung dieses Bandes sei daher diesen Institutionen besonders gedankt, namentlich Herrn Generalsekretär Professor Herwig Friesinger und Mag. Lisbeth Triska. Darüber hinaus sei Herrn Sektionschef Dr. Peter Kowalski im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für die weitere Förderung Dank gesagt. Für die wissenschaftliche und organisatorische Unterstützung danken die Herausgeber dem Österreichischen Staatsarchiv, Abteilung Archiv der Republik. Mag. Maximilian Graf und Vera Machat führten exakte Transkriptionsarbeiten durch, Patrick Shonoda hat sich gewissenhaft des Registers angenommen. Gedankt sei schließlich – und neuerlich – den aus- und inländischen Rezensenten, deren wertvolle Anregungen weiterhin zum Abschluss der Gesamtedition anspornen.

Wien, im Juni 2009

Die Herausgeber

